

Antrag 44/I/2020**Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisung an: Landtagsfraktion****Direkte Demokratie stärken – Online-Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen**

1 Der SPD-Parteitag fordern die SPD-geführte Landes-
2 regierung zur Einführung eines Tools auf, das es er-
3 möglicht, Unterschriften für Volksinitiativen auch
4 online zu sammeln sowie die Sammlung von Un-
5 terschriften für ein Volksbegehren auch außerhalb
6 von Ämtern zu gestatten. Zusätzlich wird die Prü-
7 fung der Online-Unterschriftensammlung für Volks-
8 begehren gefordert.

9

10 Begründung

11 Erst kürzlich haben zwei Volksinitiativen in Branden-
12 burg, die sich beide mit dem Thema Insektenschutz
13 beschäftigten wieder gezeigt, wie groß das Interes-
14 se an direktdemokratischen Prozessen ist. Branden-
15 burg hat von allen Bundesländern von 1946-2019 die
16 dritt meisten Volksinitiativen von allen Bundeslän-
17 dern vorzuweisen und das obwohl diese erst seit
18 1992 möglich sind. Dies liegt neben einer regen poli-
19 tischen Beteiligung auch an den niedrigen Quoren,
20 die wir für die Volksinitiativen ansetzen. Trotzdem
21 ist eine Volksinitiative für die Initiator*innen wei-
22 terhin mit hohem Aufwand verbunden, nötig sind
23 mindestens 20.000 Unterschriften. Diese Hürde er-
24 schwert es allen, die nicht in mitgliederstarken Or-
25 ganisationen oder Verbänden organisiert sind, er-
26 heblich, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Durch
27 die Möglichkeit einer Online-Volksinitiative zusätz-
28 lich zu den bereits bestehenden Möglichkeiten lie-
29 ße sich der Aufwand für die Initiator*innen erheb-
30 lich reduzieren, ohne dass die demokratische Hürde
31 gesenkt werden müsste.

32 Analog und im besonderen gilt dies auch für Volks-
33 begehren. Denn in Brandenburg fanden zwar seit
34 1992 42 Volksinitiativen statt, jedoch kein einziger
35 Volksentscheid. Dies liegt einerseits daran, dass vie-
36 le Initiativen durchs Parlament angenommen wer-
37 den. Allerdings liegen andererseits auch die Hür-
38 den für ein Volksbegehren und damit auch für einen
39 Volksentscheid deutlich höher als für eine Volksin-
40 itiative. Es müssen mindestens 80.000 Unterschrif-
41 ten gesammelt werden, der Aufwand steigt also, zu-
42 mal diese auf amtlichen Unterschriftenlisten geleis-
43 tet werden müssen, also nicht mehr auf der Straße

44 oder bei Veranstaltungen gesammelt werden dür-
45 fen. Allerdings liegen hier auch die Sicherheitsbe-
46 denken höher, da die Manipulation eines Volksbe-
47 gehrens noch deutlich größere Auswirkungen hätte
48 als die einer Volksinitiative.
49 Ziel sollte jedoch eine sichere Plattform nach Vorla-
50 ge der Petitionsplattform des Bundestages sein, auf
51 der jede*r Stimmberechtigte*r ihre*seine demokra-
52 tischen Rechte unkompliziert und verbindlich wahr-
53 nehmen kann.